

WOLFGANG NAHRSTEDT · BIELEFELD

## Thesen zur Freizeitplanung im städtischen Bereich

### 1 Der Verein „Spielen mit Kindern“ e. V. entsteht – Ein Beispiel selbstorganisierter Freizeitplanung im städtischen Bereich

1981 gründen sieben Bürger, vorwiegend Studenten der Pädagogik, in Bielefeld den Verein „Spielen mit Kindern e. V.“. In Universitätsseminaren wie in eigenen Praxisprojekten hatten sie die Wichtigkeit der „offenen Kinderarbeit“ zur Verbesserung der Kinderfreizeitkultur, insbesondere im städtischen Bereich, erfahren. Die Sparkasse war bereit, ein Spielmobil zu finanzieren. Deshalb mußte ein Verein her. Für das Gelingen der Arbeit war jedoch ihre Verankerung in der Bevölkerung unumgänglich. Den Gründern gelang es, führende Kommunalpolitiker als Mitglieder zu gewinnen. Inzwischen zählt der Verein rund 80 Mitglieder aus vielen Bevölkerungsgruppen. Er betreibt zwei Spielmobile, konnte im April 1985 ein Spielhaus eröffnen und zwei Planstellen für Freizeitpädagogen aus dem kommunalen Haushalt gewinnen. Die offene Kinderarbeit des Vereins wirkte modellhaft für die anderen Einrichtungen offener Kinderarbeit in der Region. So war der Verein die treibende Kraft für die Gestaltung der vom Jugendamt Bielefeld organisierten „Ferienspiele“ 1984 bis 1986 und erreichte eine Kooperation fast aller Einrichtungen der offenen Kinderarbeit im Raum Ostwestfalen-Lippe unter einem Generalthema: „Die Drachen kommen“ (1984), „Als Uroma in Bielefeld spielte“ (1985), „Bielefeld-Spielefeld“ (1986). Der Verein hat internationale Spielmobiltreffen mitgestaltet, die offene Kinderarbeit in Bielefeld verändert und weitere Vereinsgründungen im Freizeitkulturbereich in und um Bielefeld herum nach sich gezogen, so „Reisen und Freizeit mit jungen Leuten e. V.“ (1982), „Spielwiese, Gemeinnütziger Verein für Spiel und Freizeit e. V.“ (1983), „Filmhaus e. V.“ (1984), „Bürgerzentrum Haller Remise e. V.“ (1985), „Bürgertreff Waddenhausen e. V.“ (1985), bis hin zu einer Art selbstorganisierter Initiativförderung mit dem Namen „Institut für Freizeitwissenschaft und Kulturarbeit e. V.“ (1983). Dieses Beispiel erschließt theoretische wie praktische Grundlagen für eine „Freizeitplanung im städtischen Bereich“ im Zeichen der freizeitskulturellen Selbstorganisation der 80er Jahre. Die „theoretischen Grundlagen“ sollen in folgenden Thesen zusammengefaßt werden:

### 2 Freizeitplanung entspricht dem Umbruch zu einer „freizeitorientierten Arbeitsgesellschaft“

Seit Ende der 60er Jahre, seit fast 20 Jahren, werden „Freizeit“ und „Freizeitkultur“ immer stärker zu einem Thema von Kommunal- und Landespolitik. Unter dem

Druck neuer Freizeitinitiativen wird dieses Thema in den 80er Jahren zur Frage nach einer öffentlichen Förderung von selbstorganisierter Freizeitkultur verschärft. Das Thema Freizeitkultur konkretisiert sich im jeweiligen Einzelfall an Teilproblemen wie Abenteuerspielplatz, Jugendfreizeitheim, Sozio-kulturelles Zentrum oder, wie am referierten Beispiel, am Problem einer Gestaltung offener Kinderarbeit durch Spielmobil, Kinderhaus, Ferienspiele usw. Als Hintergrundprozeß ist theoretisch zu erschließen der Umbruch von der älteren „totalen“ Arbeits- und Leistungsgesellschaft in eine neu formierte, stärker freizeitorientierte Arbeitsgesellschaft. Der Terminus „freizeitorientierte Arbeitsgesellschaft“ soll signalisieren, daß auch künftig „Arbeit“ noch einen wichtigen Stellenwert für das Leben jedes einzelnen Menschen wie für den Aufbau der Gesellschaft einnehmen wird, daß dieser Stellenwert gegenüber früher jedoch stark relativiert wird durch ein großes Potential von „disponibler Zeit“, die sich um so mehr als „Freizeit“ für alle auswirken wird, je mehr es gewerkschaftlicher Politik gelingen wird, eine Gleichverteilung gesellschaftlicher Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung zu erreichen. Das seit 1982 diskutierte Theorem „Krise der Arbeitsgesellschaft“ wird zum Ausdruck dieses gesellschaftlichen „Umbruchs“, der längerfristig zu einer Überwindung von „No future“ durch eine Neudefinition von Zukunft führen wird. Diese Neudefinition von Zukunft ist gegenwärtig Gegenstand ökonomischer Strategien. Zukunft muß aber – gerade deshalb – auch stärker Thema politischer Strategie werden. Planung wird daher wichtig. Zukunftsbezogene kommunale Planung wird jedoch zunehmend Freizeitplanung sein müssen. Die ältere Industriekultur ist durch eine neue Freizeitkultur zu ergänzen.

### 3 Freizeitplanung muß kommunikative Planung von Bürgern und Ämtern sein

Freizeit und Planung erscheinen im Alltagsverständnis als Widerspruch. Individuelle Freiheit der Freizeit und öffentliche Planungsvorsorge für Freizeit sind daher dialektisch zu vermitteln. Kommunale Freizeitplanung erfordert einen neuen kommunikativen Planungsbegriff. „Kommunikative Planung“ soll bedeuten, daß öffentliche Planungsstrategien sich in neuer Weise immer erneut an die Bedürfnisse und Interessen der Betroffenen zurückbinden müssen und mit den Betroffenen zusammen zu planen haben. Im referierten Beispiel übernahm der Verein „Spielen mit Kindern e. V.“ eine Innovationsaufgabe im Bereich von Jugendamt und Kulturamt. Beide Ämter müssen ihre Freizeitplanung künftig mit dem Verein abstimmen. Der Verein wirkte innovativ und stimulierend in die Ämter zurück. Seit den 60er Jahren beginnen in den industrialisierten Ländern Europas die Bürger in ähnlicher Weise eine stärkere Mitwirkung an Kommunalpolitik und Stadtplanung zu beanspruchen. Bürgerinitiativen entstehen, besetzen Plätze und Häuser, kämpfen für einen von Eltern getragenen Aktivspielplatz, für ein selbstorganisiertes Jugendzentrum, aber auch gegen eine von Politikern beschlossene Straße, gegen von der Industrie verursachte Umwelterstörung. In den 60er Jahren entsteht ein neuer Bürgertyp bzw. ein älterer Bürgertyp neu, der in politische Vorgänge, insbesondere vor seiner Haustür, einbezogen werden will. Durch die zunehmende „unfreiwillige Freizeit“ insbesondere junger gut gebildeter

Bürger wird dieser Anspruch in den 80er Jahren verstärkt. Die bisherige Stadtplanung gerät dadurch in eine Krise. Die bisherigen Planfeststellungsverfahren und Bürgeranhörungen genügen nicht mehr. Bürgergruppen wollen selbst Initiator, Motor und oft Träger von Planung und Durchführung werden. Ein kommunikativer Planungs-begriff geht daher weniger von einem sozialpolitischen „Defizitansatz“ und mehr von einem kulturpolitischen „Überschußansatz“ aus. Ein kommunikativer Planungs-begriff wird weniger am – wie immer ermittelten Mangel – und mehr am Interesse von Bürgern festgemacht. Er hat weniger das Ziel der „Flächendeckung“ als der Förderung oft spezifisch lokaler freizeitkultureller Kreativität und Identität.

#### 4 Freizeitplanung entspricht einem neuen Arbeitnehmertyp

Der neue Bürgertyp wird vor allem durch einen neuen Arbeitnehmertyp konstituiert. Der mit der Industrialisierung für alle Menschen möglich gewordene – wenn auch immer wieder partiell zurückgenommene, durch neue Verelendung gefährdete – Wohlstand kann in Mitteleuropa in den 60er Jahren für breite Schichten der Arbeitnehmerschaft durchgesetzt werden. An die Stelle des „Arbeiters“ und „Proletariats“ tritt der „Arbeitnehmer“. Größere Wohnungen, höhere Einkommen, mehr Freizeit, bessere Schulbildung, kleinere Familien bewirken den „Abschied vom Proletariat“ (Gorz 1979), schaffen einen aktiveren und mobileren Arbeitnehmer, der in stärkerem Maße als vorher seine Bürgerrechte zu beanspruchen weiß. Zu diesem Arbeitnehmertyp stoßen in den 70er Jahren infolge der Bildungsreform und in den 80er Jahren infolge der erneuten Verelendungsstrategie des Kapitals in immer stärkerem Maße nun ebenfalls von Arbeitslosigkeit bedrohte oder bereits geprägte Akademikergruppen. Der Verein „Spielen mit Kindern e. V.“ wurde von Pädagogen gegründet, die von Arbeitslosigkeit nach Studienabschluß bedroht waren. Dies erzwingt einen neuen Begriff von „Arbeiterbewegung“ und „Sozialdemokratie“. Dies wurde in den 70er Jahren nicht rechtzeitig erkannt. Eine „neue soziale Bewegung“ spaltete sich ab von der „alten sozialen Bewegung“. Die Schwächung der politischen Aktionsfähigkeit als „Gewissen“ bzw. „Kritiker“ des Kapitalismus steht für die „Arbeiterbewegung“ auf dem Spiel. Dies muß Konsequenzen, auch für eine kommunale Freizeitplanung, besitzen.

#### 5 Selbstorganisation wird zu einem wichtigen Motor von Freizeitplanung

Selbstorganisation war der *Ausgangspunkt der Arbeiterbewegung*. Selbstorganisation hat sich auf unterschiedlichen Ebenen entwickelt:

- im ökonomischen Bereich als Gewerkschaft und Betriebsrat
- im politischen Bereich als Arbeiterpartei, als Fraktion in den politischen Gremien und seit der Weimarer Zeit durch Übernahme von Regierungsverantwortung
- im sozialen Bereich als Produktion-, Konsum- und Wohnungsbaugenossenschaft, als Arbeiterwohlfahrt und als Kinderfreunde

– im kulturellen Bereich als Arbeitersportverein, Arbeitergesangsverein, als Volkstheater, als Büchergilde usw.

Der *Selbstorganisationsgedanke* ist jedoch in über 100 Jahren Geschichte zu Großorganisationsformen im ökonomischen, politischen und sozialen Bereich erstarrt. Im kulturellen Bereich wurde Selbstorganisation vielfach durch kommerzielle Alternativen erdrückt. Die Reaktivierung des Selbstorganisationsgedankens in den 60er Jahren, insbesondere durch jüngere Arbeitnehmer aus dem akademischen Bereich, wurde von den Organisationen der Arbeiterbewegung gar nicht oder nur unzureichend aufgenommen. Gegenwärtig gilt es, das durch den neuen Arbeitnehmer freiwerdende Selbstorganisations-Potential als Mutationskraft für Gesellschaft wie für die Arbeiterbewegung neu zu gewinnen, soweit dies politisch noch möglich wird. Das bedeutet, die Arbeiterbewegung muß sich sowohl in ihren eigenen Organisationsformen, in ihrem politischen Gesellschaftskonzept sowie in in ihrem eigenen Selbstverständnis auf neue Selbstorganisationsformen einlassen. Der Verein „Spiele mit Kindern e. V.“ ist dafür ein Beispiel.

## 6 Kommunikative Freizeitplanung erfordert eine neue Rolle kommunaler Ämter

Ein wichtiges Element sozialdemokratischer Politik gegen Kapitalstrategien war der Weg über den Staat. Über den Staat sollte Kapitalismus gebändigt – in radikaler Auffassung abgeschafft und ersetzt werden. Selbstorganisation von Kultur und Wohltätigkeit durch kleine Bürgergruppen erschien als das Privileg privilegierter Eigentümer von Kapital, Produktionsmitteln, Boden, Macht, Bildung. Selbstorganisation dieser Art hing eng mit Markt und Marktbeherrschung zusammen. Konservative Politik tendiert auf Selbstorganisation über den formalisierten Markt oder aber auch über religiöse und kirchliche Organisationsformen. Dagegen suchte sozialdemokratische Gesellschaftspolitik die staatlichen Organe in Kommune und Land stark zu machen. Das in den 20er Jahren ausgehandelte Subsidiaritätsprinzip wurde von den Ämtern oft unterlaufen. Innovationen im Bereich starker kommunaler Ämter wie Jugend, Sport, Kultur, Entwicklungsplanung zogen die Ämter an sich. Alternativen ließen sie nur bei genügend Widerstandskraft gewähren. Hier ist zu überlegen, ob ein kommunikatives kommunales Planungsmodell nicht einen neuen Ansatz versuchen muß. Bürgervereine als „zweites Standbein“ sind kommunalen Ämtern bereits seit längerem, besonders im Bereich Kultur und Sport, bekannt. Heute wäre jedoch zu überlegen, ob nicht sehr viel weitgehender neue Aufgaben im Bereich der (Jugend-)Freizeitkultur von Bürgergruppen selbst übernommen werden können, und zwar nicht vor allem aus dem konservativen Gesichtspunkt der Kostenersparnis und sozialen Kontrolle heraus, sondern aus dem Interesse an mehr Demokratie, mehr Bürgernähe und an differenzierterer Kreativität. So übernahm im referierten Beispiel der Verein „Spiele mit Kindern e. V.“ eine neue Aufgabe, die auch das Jugendamt hätte an sich ziehen können. Wichtig für eine kommunale Planungsperspektive wird jedoch eine neue Vernetzungsstrategie im Bereich von Selbstorganisation werden. Die Gestaltung der Ferienspielaktionen 1984 bis 1986 in Bielefeld auf Initiative des Vereins

„Spielen mit Kindern e. V.“ in Zusammenarbeit sowohl mit dem Jugendamt wie mit der Universität Bielefeld waren dafür bereits ein Beispiel. Ebenfalls die Gründung einer Art selbstorganisierter Initiativenförderung mit dem „Institut für Freizeitwissenschaft und Kulturarbeit“ verdeutlichen den anzuzielenden Weg. Nötig wird ein neues Gesellschaftsmodell, das stärker Selbstorganisation und Vernetzung, kommunale Initiative und Bürgerinitiative verbindet. Diese Neuorganisation wird nicht ohne Kampf möglich und erfordert ein neues freizeitpolitisches Engagement. Die stärkere Entflechtung der Allgewalt kommunaler Planungshoheit erfordert als Gegenstück eine neue Vernetzungsstrategie von Selbstorganisation. Für eine künftige Gesellschaft wäre damit stärker eine Dialektik zu entwickeln zwischen kommunaler und bürgerschaftlicher Planung im Hinblick auf eine entwickelte freizeitorientierte Arbeitsgesellschaft.

## 7 Das Wohnumfeld wird Zentrum der Freizeitplanung

Eine neue Rolle für kommunale Freizeitplanung spielt das Wohnumfeld. Die Arbeiterbewegung ging in ihrer Entstehungsphase von „Arbeit“, Betrieb, Beruf als Organisationsprinzip aus. Verlängerte Freizeit, Arbeitslosigkeit, Vorruhestand, aber auch neue Heimarbeit über Computer stärken die Bedeutung von Wohnung und Wohnumfeld sehr (s. bereits Negt 1984). Dort entstehen heute die Bedürfnisse und Defizite der Menschen. Hier setzt auch ihr Interesse an. Hier bilden sich Bürgerinitiativen. Kommunale Freizeitplanung wird also heute vor allem zur Wohnumfeldplanung. Hier entsteht sie kommunikativ aus den Bedürfnissen in der Lebenswelt der Bürger, in Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten wie Ansprüchen der Gesamtstadt. Dadurch erhalten die lokalen Vereine eine neue Rolle. Sie müssen Initiativ- und Koordinationsaufgaben für die Selbstorganisation im Wohngebiet mit übernehmen. So wurde in der Stadt Halle in der Nähe Bielefelds aus traditionellen Vereinen heraus eine Initiative zur Gründung eines Trägervereins entwickelt, der den Umbau der disponibel gewordenen „Kisker'schen Brennerei“ als Bürgerzentrum übernehmen soll. Für Freizeitplanung ist allerdings ein dynamischer Wohnumfeldbegriff in Korrespondenz zur Naherholungsplanung und zur Ferienregionplanung zugrundezulegen.

## 8 Selbstorganisierte Freizeitplanung erfordert öffentliche Förderung

Selbstorganisation von Freizeitkultur durch Arbeitnehmer kann sich in der Regel nur durch kommunale Förderung entwickeln. Es gehört zum konservativen und neoliberalen Gedankengut, daß Selbstorganisation volle Ehrenamtlichkeit bedeutet. Nichtsdestotrotz haben konservative Regierungen optimale Förderungsmodelle zur Selbstorganisation entwickelt (z.B. der Senat von Berlin). Dabei ist ein weiterer Förderungsbegriff zugrundezulegen. Aus der Analyse von 31 Initiativen im Raum Bielefeld erscheint folgende Relation von Entwicklungsphase und Förderungsmittel plausibel (Fig. 1):

Fig. 1. Relation von Entwicklungsphase und Förderungsmittel

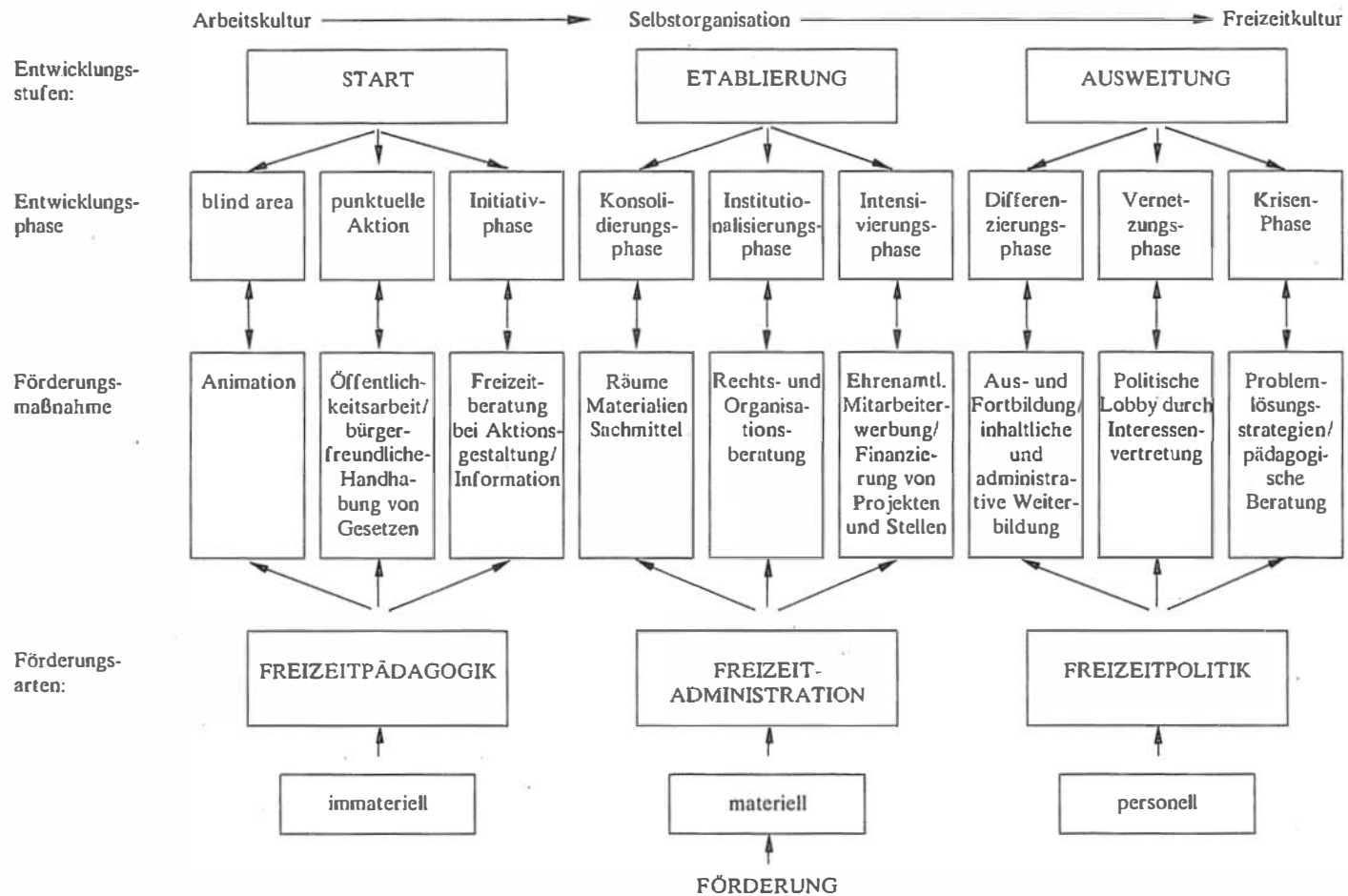
Entwicklungsphasen:	Animation	Öffentlichkeits-Arbeit	Freizeitberatung bei Aktionsgestaltung	Räume, Materialien, Startfinanzierung	Rechtsberatung	Werbung, Finanzierung, Stellen	Aus- u. Fortbildung	Lobby	Organisationsberatung
1 blind area/leeres Haus	x								
2 punktuelle Aktionen		x							
3 Initiativphase			x						
4 Konsolidierungsphase				x					
5 Institutionalisierungsphase					x				
6 Intensivierungsphase						x			
7 Differenzierungsphase							x		
8 Vernetzungsphase								x	
9 Krisenphase									x

Aus dieser offensichtlich plausiblen Relation zwischen Entwicklungsphasen von Freizeitinitiativen und Förderungsmitteln wurde im Rahmen des Forschungsvorhabens „Selbstorganisierte Freizeitkultur im Wohnumfeld“ (Self) an der Universität Bielefeld folgendes „Förderungsmodell“ entwickelt (1983–1985) (Fig. 2).

Dem Modell wird ein sehr weiter Förderungsbegriff zugrundegelegt. Förderung bedeutet nicht allein in erster Linie die langfristige Finanzierung von Stellen, sondern Förderung bedeutet zunächst Unterstützung durch Information und Beratung im Hinblick auf allgemeine Initiativenarbeit. Dies schließt neben Fragen zur Öffentlichkeitsarbeit, Aktionsgestaltung, Vereinsgründung und Fortbildung auch Fragen zur Finanzierung mit ein. Die Förderung durch Stellen aus öffentlichen Mitteln wird als ein letzter Schritt im Entwicklungsprozeß von Initiativen angesehen.

Es wird angenommen, daß sich die Entwicklung von Initiativen in verschiedenen Phasen vollzieht. Jede dieser Phasen weist idealtypisch bestimmte Merkmale auf, nach denen der Entwicklungsstand einer Initiative grob bestimmt werden kann. Weiterhin wird angenommen, daß den einzelnen Entwicklungsphasen von Initiativen schwerpunktmäßig bestimmte typische Förderungsmaßnahmen entsprechen. Nur eine kommunale Freizeitplanung und Freizeitpolitik, die sich kommunikativ auf den jeweils spezifischen Förderungsbedarf von Freizeitinitiativen in ihren einzelnen Ent-

Fig. 2. Förderungsmodell



wicklungsphasen einläßt, kann die in den 80er Jahren mögliche und nötige selbstorganisierte Freizeitkultur im Wohnumfeld entwickeln helfen.

Diese Thesen wurden am 19.6.85 zur Enquete „Jugend und Freizeitkultur“ der SPÖ Bezirksorganisation Salzburg-Stadt in Salzburg vorgetragen.

### Literatur

Forschungsgruppe SELF: Selbstorganisierte Freizeitkultur im Wohnumfeld. Forschungsbericht. 3 Bände. Bielefeld: Universität Bielefeld 1985. (C: Institut für Freizeitwissenschaft und Kulturarbeit e. V., Alfred-Bozi-Str. 10, 4800 Bielefeld 1)

Gorz, André: Abschied vom Proletariat. Frankfurt/M. 1980.

Matthes, Joachim (Hrsg.): Krise der Arbeitsgesellschaft? Abhandlungen des 21. Deutschen Soziologentags. Frankfurt/M. 1983.

Negt, Oskar: Lebendige Arbeit, enteignete Zeit. Frankfurt/M. 1984.

Anschrift des Verfassers: Prof. Dr. Wolfgang Nahrstedt, Universität Bielefeld, Fakultät für Pädagogik, AG 10: Freizeitpädagogik und Kulturarbeit, Universitätsstr. 25, 4800 Bielefeld 1

### Franz Pöggeler 60 Jahre alt

FZP gratuliert Franz Pöggeler zur Vollendung seines 60. Lebensjahres am 23. Dezember 1986. Franz Pöggeler gehört in der Bundesrepublik Deutschland zu den engagierten Wegbereitern der Freizeitpädagogik in Theorie, Praxis und Politik. Durch seine starke Fundierung in der katholischen Erwachsenenbildung wie durch seine persönliche Liberalität und Toleranz hat Franz Pöggeler mit dazu beigetragen, der modernen Freizeitpädagogik historische Tiefe und systematische Weite zu sichern. Mit seiner Schrift „Freizeitpädagogik. Ein Entwurf“ hat Franz Pöggeler bereits 1965 eine erste knappe systematische Darstellung der neuen pädagogischen Teildisziplin gegeben. In einer Vielzahl von Publikationen hat er seitdem einzelne Aspekte der Freizeitpädagogik weiter verdeutlicht. Als Präsident des Deutschen Jugendherbergswerkes hat er den theoretischen Ansatz zur Praxis werden lassen und dem Verband eine neue freizeitpädagogische Perspektive eröffnet. Zugleich hat er über Tagungen und durch eigene Beiträge die Verbindung von Jugendtourismus und Freizeitpädagogik intensiviert. Im Rahmen der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft hat Franz Pöggeler seit Mitte der 70er Jahre die Bemühungen zur Bildung einer Kommission Freizeitpädagogik aktiv unterstützt. Während der schwierigen Aufbauphase gehörte er acht Jahre lang von 1978 bis 1986 dem Kommissionsvorstand an. Die Entwicklung der Zeitschrift Freizeitpädagogik hat Franz Pöggeler seit Anbeginn (1979) bis heute als Herausgeber tatkräftig gefördert. Die Redaktion wünscht weiterhin gute Gesundheit und hofft auch künftig auf eine produktive Zusammenarbeit.

Für die übrigen Herausgeber:  
Wolfgang Nahrstedt